

Politischer Liberalismus ohne Zukunft?

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 246 vom 23. Oktober 2013

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 246 vom 23. Oktober 2013, S. 8, unter dem Titel:

"Politischer Liberalismus ohne Zukunft? Nach der Bundestagswahl sehen mehr Bürger eine Existenzberechtigung für eine liberale Partei. Aber das muss nicht die FDP sein."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Nur die Anhänger der Union sind mit dem Wahlergebnis mehrheitlich zufrieden
	A	2	Sind alle wichtigen Positionen im neuen Bundestag vertreten?
	A	3	Fehlende Positionen
	A	4	Bedauern über das Scheitern von FDP und AfD?
	A	5	Sympathien für AfD und FDP
	A	6	Potentiale für FDP oder AfD bei kommenden Wahlen
	A	7	Existenzberechtigung der FDP
	A	8	Liberales Prinzipien
	A	9	Profil der FDP
	A	10	Unterschiede in West und Ost bei den Reaktionen auf ein liberales Parteiprogramm
	A	11	Ostdeutsche sind für ein hohes Maß an sozialer Absicherung durch den Staat
	A	12	Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft werden häufig befürwortet
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Geschwundener Rückhalt für die FDP
		2	Existenzberechtigung einer liberalen Partei - und der FDP
		3	Viele Ziele, die mit einer liberalen Partei verbunden werden, finden breite Unterstützung

Originalmanuskript

Politischer Liberalismus

ohne Zukunft?

Nicht nur die Parteien laborieren noch an den Folgen der Bundestagswahl, sondern auch die Bürger. Die Mehrheit ist nach wie vor mit dem Ausgang unzufrieden; lediglich 35 Prozent gefällt das Wahlergebnis im Rückblick, 51 Prozent wäre ein anderes Ergebnis lieber. Nur unter den Anhängern der Unionsparteien ist die große Mehrheit zufrieden, und selbst von ihnen kann sich jeder Vierte mit dem Ergebnis nicht anfreunden.

Tabelle A 1

Gleichzeitig würde auch eine Neuwahl aller Voraussicht nach zu einer großen Koalition führen – allerdings bei einem breiteren Parteienspektrum im Parlament. Unionsparteien und SPD liegen in der Wählergunst gegenüber ihrem Wahlergebnis weitgehend unverändert, genauso die Linke, die Grünen minimal gestärkt. Die AfD würde jetzt jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen, und auch die FDP hätte eine Chance.

Tabelle B 1

Die im Bundestag vertretenen Parteien repräsentieren nach dem Eindruck vieler Bürger ein

zu enges Spektrum. Nur 55 Prozent ziehen die Bilanz, dass diese Parteien die wichtigen Themen und Positionen ausreichend repräsentieren. Diejenigen, die bestimmte Positionen vermissen, denken dabei jedoch an ganz unterschiedliche Themen, von Altersarmut und Generationengerechtigkeit über Steuerpolitik, Bildungspolitik, Europathemen, Asylpolitik und Zuwanderungsfragen bis zu Datenschutz und Familienpolitik. Knapp 2 Prozent führen spontan europakritische Positionen an, ebenfalls knapp 2 Prozent explizit liberale Standpunkte.

Tabelle A 2

Tabelle A 3

Der Kreis, der bedauert, dass es AfD und FDP nicht über die 5-Prozent-Hürde geschafft haben, ist deutlich größer, aber in beiden Fällen eine Minderheit. 19 Prozent bedauern, dass die AfD nicht im deutschen Bundestag vertreten ist, 22 Prozent bedauern das Ausscheiden der FDP. Bemerkenswert ist, dass der FDP erkennbar mehr Animositäten entgegengebracht werden als der AfD: 42 Prozent begrüßen das Scheitern der FDP ausdrücklich, nur 29 Prozent das der AfD. Am größten ist die Genugtuung über das Ausscheiden der FDP bei den Wählern der Linken (83 Prozent), mit einigem Abstand gefolgt von den Wählern der SPD (65 Prozent).

Tabelle A 4

Das Scheitern der FDP ist eine politische Zäsur. Insgesamt beeindruckt das im Parlament

vertretene Parteienspektrum in der Nachkriegszeit durch eine bemerkenswerte Stabilität. In all den Jahrzehnten gelang bisher nur eine bei Wahlen erfolgreiche Neugründung, die der Grünen; und in all den Jahrzehnten fiel keine Partei mehr aus dem Bundestag, die länger als zwei Legislaturperioden dort vertreten war. Und keine Partei war länger an der Regierungsverantwortung beteiligt als die Liberalen. Erfahrungen mit der Rolle einer außerparlamentarischen Opposition hat die FDP, wenn überhaupt, dann nur in den Bundesländern – und dort konnte sie solche Phasen im Allgemeinen durch die Präsenz auf der Bundesebene besser überstehen.

Entsprechend haben negative Prognosen für die FDP Konjunktur – mehr als für die AfD. Prüft man, was an Identifikation und Wohlwollen gegenüber der FDP noch vorhanden ist, ergibt sich ein ambivalentes Bild. Der Kreis derer, die die FDP bei den Parteisympathien auf den ersten Rang setzen, war im Verlauf der Legislaturperiode von gut 9 auf weniger als 2 Prozent zusammengeschmolzen. Auch jetzt sind es nur knapp 2 Prozent; im-
Tabelle A 5
merhin 12 Prozent setzen sie jedoch auf den zweiten Rang. Die AfD ist im Vergleich dazu für knapp 5 Prozent die sympathischste Partei, weitere 5 Prozent setzen sie auf Rang 2.

Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses hat

sich zunächst das weite Potential für die Liberalen vergrößert. 2012 konnten sich nur noch 11 Prozent der Bürger vorstellen, künftig bei irgendeiner Wahl – sei es eine Bundestagswahl, Europawahl, Landtagswahl oder Kommunalwahl – wieder für die FDP zu stimmen, aktuell 16 Prozent. In Bezug auf die AfD können sich 19 Prozent vorstellen, sie künftig bei einer Wahl zu unterstützen.

Tabelle A 6

Knapp ein Fünftel der Bürger ist überzeugt, dass das Land die FDP braucht, 17 Prozent ist es wichtig, dass sie wieder im nächsten Bundestag vertreten ist. Der Zeitvergleich zeigt auch hier die gravierende Schwächung ihrer Position: In der Mitte der 90er Jahre wie auch in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts war es annähernd 30 Prozent der Bürger wichtig, dass die FDP im Bundestag vertreten ist.

Tabelle A 7

Schaubild 1

Die entscheidende Frage ist jedoch, ob dieser Verlust an Unterstützung und Identifikation die Quittung für eine aus der Sicht der Bürger misslungene Leistung in der vergangenen Legislaturperiode ist oder das Aus für den politisch institutionalisierten Liberalismus. Letztlich geht es um die Frage, ob das Thema Freiheit aus der Sicht einer ausreichenden Zahl von Bürgern noch einen Anwalt in Parteiformation braucht. Davon war die Mehrheit nie überzeugt, aber immer eine starke Minderheit. Zurzeit sehen 19 Prozent eine Existenzberech-

tigung der FDP, aber signifikant mehr, 27 Prozent, die Existenzberechtigung einer liberalen Partei.

Schaubild 2

Diese 27 Prozent, die überzeugt sind, dass das Land eine liberale Partei braucht, haben eine sehr klare Vorstellung von ihrem Programm. Mehr als 70 Prozent halten es für unabdingbar, dass sich eine liberale Partei konsequent für die Freiheit der Bürger einsetzt, marktwirtschaftliche Prinzipien verteidigt, den Bürgern durch die Eindämmung von Steuern und Abgaben mehr Spielräume verschafft und ein gutes Umfeld für den selbständigen Mittelstand sicherstellt. Mehr als 60 Prozent halten darüber hinaus den Abbau von Bürokratie, weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, konsequenten Datenschutz, die Sicherung von Preisstabilität und den Abbau von Staatsschulden für Kernbestandteile eines liberalen Programms. Auch die Bürger insgesamt skizzieren das Programm einer liberalen Partei ähnlich, wenn auch nicht so konturiert.

Tabelle A 8

Ein Vergleich mit dem inhaltlichen Profil der FDP zeigt, dass es sich zu stark auf die Förderung der Wirtschaft insgesamt und speziell des Mittelstands verengt hatte, während der Schutz der Bürgerfreiheit, der Abbau von Staatsschulden, der Bürokratieabbau, Datenschutz oder Bildungsthemen weitaus weniger mit der FDP in Verbindung gebracht wurden.

Tabelle A 9

So haben nur 19 Prozent den Eindruck, dass sich die FDP besonders für den Datenschutz einsetzt; ebenso viele verbinden sie mit einem Engagement für Bildung und Forschung. 20 Prozent erleben sie als Anwalt eines Abbaus von bürokratischen Verfahren, 24 Prozent als Vorkämpfer für einen Abbau von Staatsschulden. Das Kernthema Bürgerfreiheit wird noch von einem Drittel der Bürger mit der FDP in Verbindung gebracht. Tabelle A 9

Viele Ziele, die mit einer liberalen Partei verbunden werden, finden breite Unterstützung. So halten es 60 Prozent für wichtig, die Freiheit der Bürger zu schützen. Die Mehrheit misst auch dem Abbau bürokratischer Verfahren, der Förderung des Mittelstandes und der Senkung von Steuern und Abgaben große Bedeutung bei; dass Letzteres allerdings ein riskanter Programmpunkt sein kann, wenn er ein Wahlprogramm zu einseitig dominiert und die Einlösung des Versprechens nicht gelingt, hat die FDP in der vergangenen Legislaturperiode nur zu deutlich erfahren. Schaubild 3

41 Prozent halten es für wichtig, marktwirtschaftliche Prinzipien hochzuhalten; wenn es speziell um mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen geht, sinkt die Unterstützung allerdings auf 30 Prozent. Möglichst wenige Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sind 27 Prozent wichtig, mehr Eigenverantwortung in Schaubild 3

der Beziehung Bürger/Sozialstaat 20 Prozent. Man könnte diese Agenda durchaus als Warnung verstehen, eine liberale Partei konsequent an liberalen Prinzipien auszurichten. Eine liberale Partei kämpft jedoch in der Regel nicht um Mehrheiten, sondern um die überzeugte Unterstützung einer Minderheit.

Wenn einem repräsentativem Querschnitt ein Programm vorgestellt wird, das mehr Eigenverantwortung fordert sowie den Abbau von Subventionen, mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und speziell in den Arbeitsmarkt, die Ausrichtung von europäischer und nationaler Ebene auf das Subsidiaritätsprinzip, die Ablehnung einer Frauenquote sowie die Erhaltung eines mehrgliedrigen Schulsystems, reagieren 24 Prozent der Bürger positiv; für 21 Prozent kommt eine Partei mit einem solchen Programm bei Wahlen in Betracht. Dabei gibt es allerdings gravierende Unterschiede zwischen Ost und West: 27 Prozent der westdeutschen, aber nur 14 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung halten ein solches Programm für überzeugend. Nach wie vor gibt es in Ost und West unterschiedliche Reaktionen, wenn die Rolle des Staates in der Wirtschaft und das Verhältnis Bürger/Staat zur Debatte stehen. So befürworten 46 Prozent der westdeutschen, aber 61 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, dass der Staat so weit wie nur möglich die soziale Absicherung der Bürger über-

Tabelle A 10

Tabelle A 11

nimmt.

Die Sorge, durch den Staat zu sehr eingeschränkt zu werden, ist jedoch in West wie Ost nur schwach ausgeprägt. Der Anteil derer, die den Eindruck haben, dass sich der Staat zu sehr in die Belange der Bürger einmischt, beträgt gerade einmal 15 Prozent. Dies relativiert die breite Unterstützung für den Schutz der Bürgerfreiheit; sie gilt als wichtig, aber letztlich nicht ernsthaft gefährdet.

Viele Eingrenzungen von individuellen Freiheitsspielräumen werden nicht als solche empfunden. So ist die große Mehrheit überzeugt, über ihre Absicherung für den Krankheitsfall und das Alter frei entscheiden zu können – trotz der umfassenden staatlichen Vorgaben und Regulierungen auf diesem Feld. Generell werden staatliche Regulierungen, die nach Auffassung der Mehrheit einem guten Zweck dienen, kaum beanstandet.

Das gilt auch für staatliche Eingriffe und Vorgaben für die Wirtschaft. So befürwortet die Mehrheit in bestimmten Bereichen wie beispielsweise bei Energie staatliche Preisstopps, eine Mietpreisbremse, staatlich festgelegte Grenzen für Managergehälter oder Werbever- Tabelle A 12
bote in bestimmten Feldern. Die meisten haben auch nicht den Eindruck, dass die Wirt-

schaft nennenswert durch staatliche Auflagen und Regulierungen eingeschränkt wird.

Insbesondere Regulierungen, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, nehmen die meisten kaum zur Kenntnis. In den gesellschaftlichen Diskussionen spielt Freiheit seit langem kaum eine Rolle, obwohl viele politische Entscheidungen auch Entscheidungen über Freiheitsspielräume und das Verhältnis von Bürgern und Staat oder Wirtschaft und Staat sind. Die Freiheit ist auch in einer freien Gesellschaft kein überholtes Thema. Ob die FDP wieder an Bedeutung zurückgewinnt, hängt auch davon ab, ob sie dies wieder verstärkt bewusst machen kann und als glaubwürdiger, engagierter und verantwortungsbewusster Anwalt der Freiheit wahrgenommen wird.

Anhangtabellen

Nur die Anhänger der Union sind mit dem Wahlergebnis mehrheitlich zufrieden

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sind Sie mit dem Ausgang der Wahl zufrieden oder wäre Ihnen ein anderes Wahlergebnis lieber gewesen?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger von						
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	Piraten- partei %	AfD %
Zufrieden	35	66	9	32	13	10	4	19
Anderes Ergebnis lieber	51	26	82	57	74	83	70	69
Unentschieden	14	8	9	11	13	7	26	12
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11015, Oktober 2013

Sind alle wichtigen Positionen im neuen Bundestag vertreten?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Parteien denken, die nach der Wahl im Bundestag vertreten sein werden, also die CDU/CSU, die SPD, die Grünen und die Linke: Haben Sie den Eindruck dass diese Parteien zu politischen Themen eine ausreichende Auswahl an unterschiedlichen Positionen bzw. Ansichten bieten, oder fehlen Ihnen bestimmte Ansichten bzw. Positionen, bieten die Parteien da Ihrer Meinung nach nicht genügend Auswahl?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ausreichende Auswahl.....	55
Bestimmte Ansichten / Positionen fehlen.....	19
Unentschieden, keine Angabe	26
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11015, Oktober 2013

Fehlende Positionen

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Personen, die der Ansicht sind,
dass im Bundestag bestimmte
Positionen fehlen

FRAGE an Personen, die der Ansicht sind, dass bei den im Bundestag vertretenen Parteien bestimmte Ansichten bzw. Positionen fehlen:

"Und was für Ansichten oder Positionen fehlen Ihrer Meinung nach?"
(Offene Ermittlung)

Personen, die der Ansicht sind, dass
im Bundestag bestimmte Positionen
fehlen

%

Rententhema, Altersarmut	3
Kritik an Parteien und Politikern allgemein.....	3
Soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit	2
Europa und euroskeptische Ansichten	2
Bessere Bildungspolitik	2
Libérale Standpunkte	2
Steuerpolitik.....	2
Klarere Energiepolitik, Umweltpolitik	2
Zuwanderung, Asylpolitik	2
Mindestlohn, Grundeinkommen	1
Datenschutz	1
Familienpolitik.....	1
Gesundheitspolitik	1
Andere Angaben	4
Keine Angabe.....	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11015, Oktober 2013

Bedauern über das Scheitern von FDP und AfD?

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Bei der Bundestagswahl hat ja die 'Alternative für Deutschland', die AfD, den Einzug in den Bundestag nicht geschafft. Finden Sie das gut, oder bedauern Sie das, oder ist Ihnen das egal?"

	Bevölkerung insgesamt %
Finde das gut.....	29
Bedaure das	19
Ist mir egal	40
Unentschieden, keine Angabe.....	12
	—
	100

FRAGE: "Nach der Bundestagswahl ist die FDP ja nicht mehr im Bundestag vertreten. Finden Sie das gut, oder bedauern Sie das, oder ist Ihnen das egal?"

	Bevölkerung insgesamt %
Finde das gut.....	42
Bedaure das	22
Ist mir egal	29
Unentschieden, keine Angabe.....	7
	—
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11015, Oktober 2013

Sympathien für AfD und FDP

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte

FRAGE: "Auf diesen Karten stehen die Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese fünf Karten einmal danach untereinander legen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so: Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter. Und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder vielleicht sogar ganz unsympathisch ist."
(Kartenspielvorlage)

AfD

	Bevölkerung insgesamt 2013 %
An 1. Stelle.....	5
An 2. Stelle.....	5

FDP

	Bevölkerung insgesamt	
	2009	2013
	%	%
An 1. Stelle	9	2
An 2. Stelle	31	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10046, 11015

Potentiale für FDP oder AfD bei kommenden Wahlen

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie bei irgendeiner Wahl, egal ob Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl oder Europawahl, in den nächsten Jahren einmal die FDP wählen, oder käme die FDP für Sie nicht in Frage?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2012	2013
	%	%
Ja, könnte mir das vorstellen	11	16
Käme für mich nicht (nie) in Frage	55	57
Wähle nicht	5	5
Bin nicht wahlberechtigt	3	2
Unentschieden, unmöglich zu sagen	26	20
	<hr/>	<hr/>
	100	100

FRAGE: "Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie bei irgendeiner Wahl, egal ob Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl oder Europawahl, in den nächsten Jahren einmal die AfD wählen, oder käme die AfD für Sie nicht in Frage?"

	Bevölkerung insgesamt
	2013
	%
Ja, könnte mir das vorstellen	19
Käme für mich nicht in Frage	49
Wähle nicht	5
Bin nicht wahlberechtigt	2
Unentschieden, unmöglich zu sagen	25
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10085, 11015

Existenzberechtigung der FDP

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die FDP, oder geht es auch ohne?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Brauchen die FDP	19
Geht auch ohne	64
Unentschieden, keine Angabe	17
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11015, Oktober 2013

Liberale Prinzipien

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf diesen Karten ist einiges aufgeschrieben. Was davon passt Ihrer Meinung nach zu einer liberalen Partei, was gehört in ihr Parteiprogramm?" (Kartenspielvorlage)

Auszug aus den Vorgaben	Bevölk. insg. %	Befragte, die eine liberale Partei für notwendig halten %
Dafür sorgen, dass die Freiheit der Bürger geschützt wird	59	77
Den Mittelstand fördern.....	55	70
Die Belastungen durch Steuern und Abgaben senken	52	73
Die Marktwirtschaft verteidigen	52	73
Abbau von Bürokratie, dass es weniger Gesetze gibt	49	69
Förderung der Wirtschaft	48	59
Für möglichst wenig staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sorgen	47	61
Abbau der Staatsschulden	46	66
Den Datenschutz sicherstellen.....	45	61
Chancengerechtigkeit, dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen bei Bildung und im Beruf hat.....	43	59
Dafür sorgen, dass die Preise stabil bleiben, dass es keine Inflation gibt	43	60

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10015, Oktober 2013

Profil der FDP

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Wofür steht die FDP, wofür setzt sich die FDP besonders ein? Was von diesen Karten würden Sie nennen?"
(Kartenspielvorlage)

	Dafür steht die FDP
<u>Auszug aus den Vorgaben</u>	%
Förderung der Wirtschaft.....	50
Die Marktwirtschaft verteidigen	46
Den Mittelstand fördern	43
Für möglichst wenig staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sorgen.....	38
Dafür sorgen, dass die Freiheit der Bürger geschützt wird.....	32
Die Belastungen durch Steuern und Abgaben senken.....	29
Abbau der Staatsschulden	24
Abbau von Bürokratie, dass es weniger Gesetze gibt.....	20
Den Datenschutz sicherstellen.....	19
Dafür sorgen, dass die Preise stabil bleiben, dass es keine Inflation gibt.....	15
Chancengerechtigkeit, dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen bei Bildung und im Beruf hat	9

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10015, Oktober 2013

Unterschiede in West und Ost bei den Reaktionen auf ein liberales Parteiprogramm

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf diesem Blatt sind Auszüge aus einem Parteiprogramm aufgeschrieben. Angenommen, eine solche Partei würde demnächst gegründet. Wenn Sie das bitte einmal lesen!" (Bildblattvorlage)

"Würden Sie es begrüßen, wenn diese Partei bald gegründet würde, oder würden Sie das nicht begrüßen?"

Falls 'Würde es begrüßen':

"Könnten Sie sich vorstellen, diese Partei zu wählen, oder könnten Sie sich das nicht vorstellen?"

Leitsätze aus dem Parteiprogramm

Der Einfluss des Staates muss zurückgedrängt werden, die Eigenverantwortung der Bürger gestärkt werden - Abbau von staatlichen Subventionen - Erhaltung des mehrgliedrigen Schulsystems, keine Umstellung auf Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen - Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen - Überprüfung und ggf. Streichung von Gesetzen und Regelungen, wenn diese nicht notwendig sind - Möglichst wenig Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt - Der Datenschutz soll gestärkt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Bürger selbst darüber entscheiden können, wie persönliche Daten verwendet werden - Auf europäischer Ebene sollte nur das Nötigste geregelt werden, in der Regel sollten die Einzelstaaten zuständig sein - Keine vom Staat festgelegte Frauenquote

	Bevölk. insg.	West	Ost
	%	%	%
Würde es begrüßen	24	27	14
Und könnte mir vorstellen, sie zu wählen	21	22	13
Könnte ich mir nicht vorstellen.....	3	4	1
Nicht begrüßen	34	33	36
Unentschieden.....	42	40	50
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11015, Oktober 2013

Ostdeutsche sind für ein hohes Maß an sozialer Absicherung durch den Staat

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was ist besser: wenn der Staat so weit wie möglich die soziale Absicherung der Bürger übernimmt, oder wenn der Staat eine Grundsicherung vornimmt und ansonsten die Bürger so weit wie möglich ihre soziale Absicherung selbst regeln?"

	Bevölk. insg.	West	Ost
	%	%	%
Staat übernimmt soziale Absicherung	49	46	61
Staat übernimmt nur Grundsicherung	34	36	22
Unentschieden.....	17	18	17
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11015, Oktober 2013

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft werden häufig befürwortet

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es wird ja immer wieder gefordert, dass der Staat eine Obergrenze für Managergehälter einführen soll. Wie sehen Sie das: Sollte der Staat die Gehälter von Managern begrenzen, oder ist das nicht Aufgabe des Staates?"

	Bevölk. insg. %
Sollte Gehälter begrenzen.....	58
Ist nicht Aufgabe des Staates.....	34
Unentschieden, keine Angabe	8
	----- 100

FRAGE: "In Deutschland gibt es ja seit einigen Jahren ein weitgehendes Werbeverbot für Tabakwaren wie Zigaretten. Jetzt wird überlegt, auch für andere Produktgruppen Werbeverbote einzuführen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wer der beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"
(Bildblattvorlage)

	Bevölk. insg. %
'Ich bin dafür, für weitere Produktgruppen Werbeverbote einzuführen. Gerade bei Alkohol oder bei Produkten, die vor allem für Kinder bestimmt sind, wäre es gut, wenn es dort keine Werbung gäbe'	55
'Das sehe ich anders: Die Unternehmen sind auf Werbung angewiesen, um ihre Produkte vorzustellen und bekannt zu machen. Wenn man für weitere Produktgruppen Werbeverbote einführt, gibt es weniger Informationsmöglichkeiten. Damit wird die Freiheit der Verbraucher eingeschränkt'	33
Unentschieden	12
	----- 100

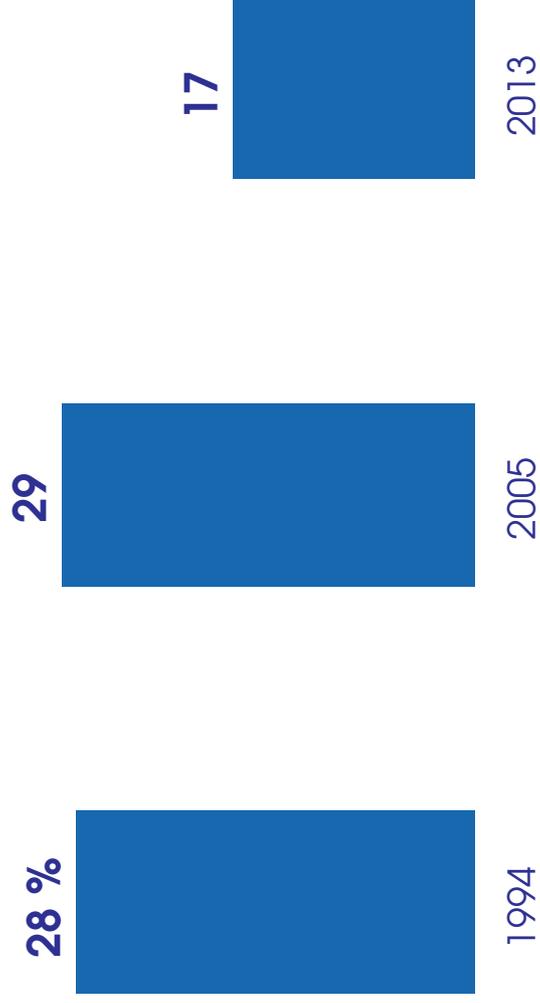
QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10074 und 11004

Schaubilder

Geschwundener Rückhalt für die FDP

Frage: "Ist es Ihnen wichtig, dass die FDP (bei der nächsten Bundestagswahl) wieder in den Bundestag kommt, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?"

Es ist wichtig, dass die FDP wieder in den Bundestag kommt

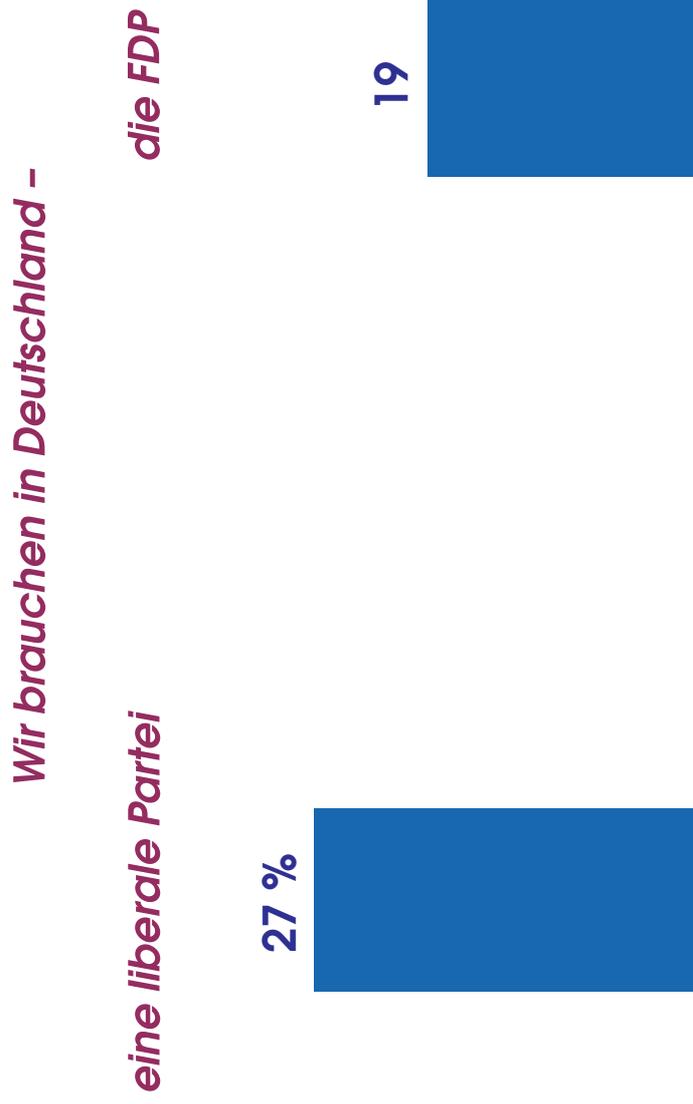


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfragen 5115, 7075, 11015

© ifD-Allensbach

Existenzberechtigung einer liberalen Partei – und der FDP

Frage: "Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland eine liberale Partei/die FDP, oder geht es auch ohne?"

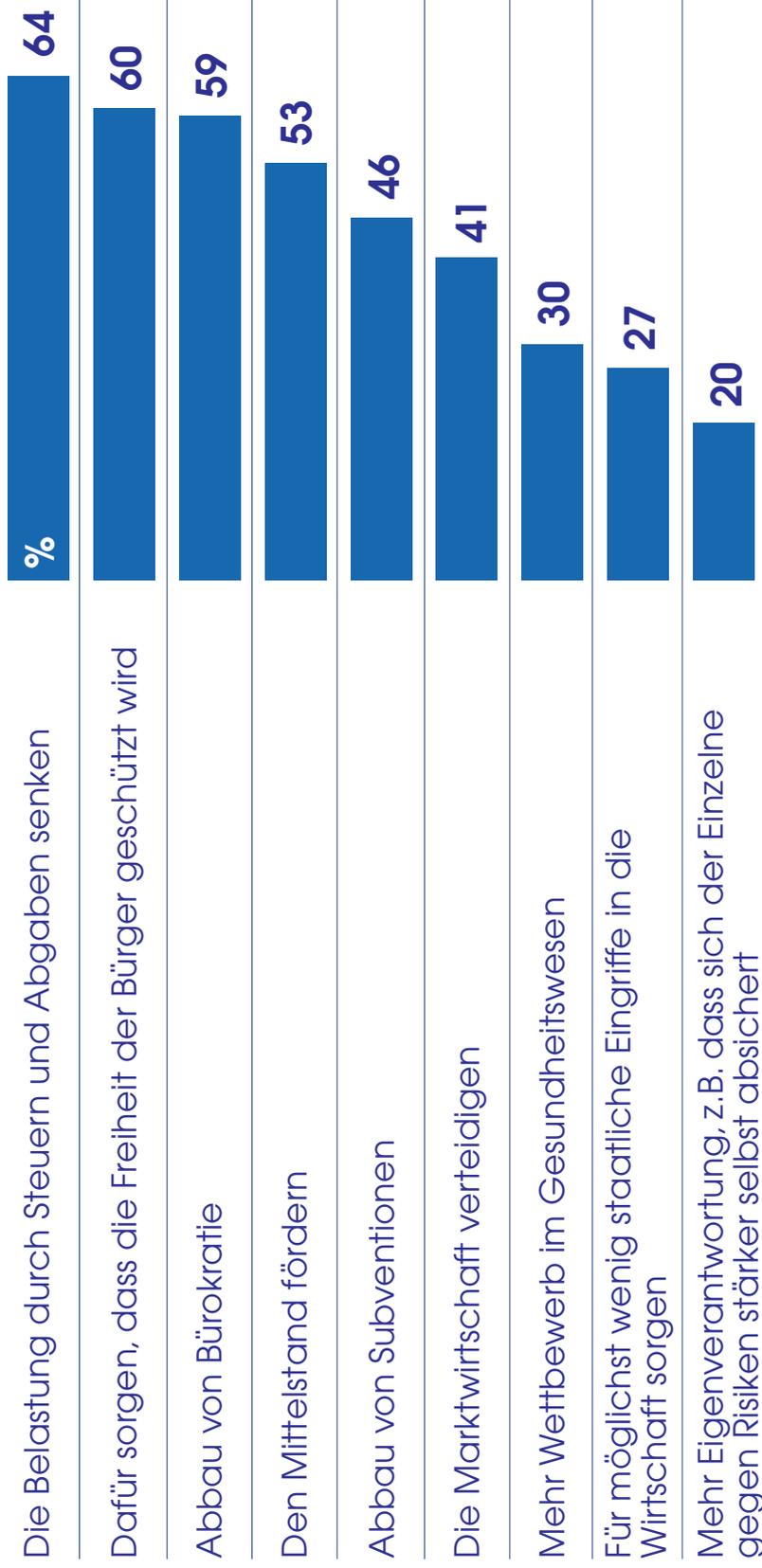


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage 11015

© ifD-Allensbach

Viele Ziele, die mit einer liberalen Partei verbunden werden, finden breite Unterstützung

Frage: "Hier auf diesen Karten stehen einige politische Forderungen. Welche davon unterstützen Sie, welche halten Sie für wichtig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage 11015

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 246
vom 23. Oktober 2013, S. 8, unter dem Titel:

"Politischer Liberalismus ohne Zukunft? Nach der
Bundestagswahl sehen mehr Bürger eine Existenz-
berechtigung für eine liberale Partei. Aber das muss
nicht die FDP sein."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Politischer Liberalismus ohne Zukunft?

Nicht nur die Parteien laborieren noch an den Folgen der Bundestagswahl, sondern auch die Bürger. Die Mehrheit ist nach wie vor mit dem Ausgang unzufrieden: Lediglich 35 Prozent gefällt im Rückblick das Wahlergebnis, 51 Prozent wäre ein anderes Ergebnis lieber. Nur unter den Anhängern der Unionsparteien ist die große Mehrheit zufrieden; doch selbst von ihnen kann sich jeder Vierte mit dem Ergebnis nicht anfreunden.

Gleichzeitig würde eine Neuwahl aller Voraussicht nach ebenfalls zu einer großen Koalition führen – allerdings bei einem breiteren Parteienspektrum im Parlament. Unionsparteien und SPD liegen in der Wählergunst gegenüber ihrem Wahlergebnis weitgehend unverändert, genauso die Linke; die Grünen sind minimal gestärkt. Die AfD würde jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen, auch die FDP hätte eine Chance.

Die im Bundestag vertretenen Parteien repräsentieren nach dem Eindruck vieler Bürger ein zu enges Spektrum. Nur 55 Prozent ziehen die Bilanz, dass diese Parteien die wichtigen Themen und Positionen ausreichend repräsentieren. Diejenigen, die bestimmte Positionen vermissen, denken dabei jedoch an ganz unterschiedliche Themen: von Altersarmut und Generationengerechtigkeit über Steuerpolitik, Bildungspolitik, Europa-Themen, Asylpolitik und Zuwanderungsfragen bis zu Datenschutz und Familienpolitik. Knapp 2 Prozent führen spontan europakritische Positionen an, ebenfalls knapp 2 Prozent explizit liberale Standpunkte.

Der Kreis, der bedauert, dass es AfD und FDP nicht über die Fünf-Prozent-Hürde

Für 17 Prozent ist es wichtig, dass die FDP im Bundestag vertreten wäre. In der Vergangenheit waren es mehr.

geschafft haben, ist deutlich größer, aber in beiden Fällen eine Minderheit. 19 Prozent bedauern, dass die AfD nicht im Bundestag vertreten ist, 22 Prozent bedauern das Ausscheiden der FDP. Bemerkenswert ist, dass der FDP erkennbar mehr Animositäten entgegengebracht werden als der AfD: 42 Prozent begrüßen das Scheitern der FDP ausdrücklich, nur 29 Prozent das der AfD. Am größten ist die Genugtuung über das Ausscheiden der FDP bei den Wählern der Linken (83 Prozent), mit einigem Abstand gefolgt von den Wählern der SPD (65 Prozent).

Das Scheitern der FDP ist eine politische Zäsur. Negative Prognosen für die FDP haben Konjunktur – mehr als für die AfD. Prüft man, was an Identifikation und Wohlwollen gegenüber der FDP noch vorhanden ist, ergibt sich ein ambivalentes Bild. Der Kreis derer, die die FDP bei den Parteisympathien auf den ersten Rang setzen, war im Verlauf der Legislaturperiode von gut 9 auf weniger als 2 Prozent zusammengeschrumpft. Auch jetzt sind es nur knapp 2 Prozent; immerhin 12 Prozent setzen sie jedoch auf den zweiten Rang. Die AfD ist im Vergleich dazu für knapp 5 Prozent die sympathischste Partei, weitere 5 Prozent setzen sie auf Rang 2.

Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses hat sich zunächst das Potential für die Liberalen vergrößert. 2012 konnten sich nur noch 11 Prozent der Bürger vorstellen, künftig bei irgendeiner Wahl wieder für die FDP zu stimmen, aktuell 16 Prozent. In Bezug auf die AfD können sich 19 Prozent vorstellen, sie künftig bei einer Wahl zu unterstützen.

Knapp ein Fünftel der Bürger ist überzeugt, dass das Land die FDP braucht, 17 Prozent ist es wichtig, dass sie wieder im nächsten Bundestag vertreten ist. Der Zeitvergleich zeigt auch hier die gravierende Schwächung ihrer Position: Mitte der neunziger Jahre wie auch Mitte des vergangenen Jahrzehnts war es annähernd 30 Prozent der Bürger wichtig, dass die FDP im Bundestag vertreten ist (Schaubild 1).

Die entscheidende Frage ist jedoch, ob dieser Verlust an Unterstützung und Identifi-



Nach der Bundestagswahl sehen mehr Bürger eine Existenzberechtigung für eine liberale Partei. Aber das muss nicht die FDP sein.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

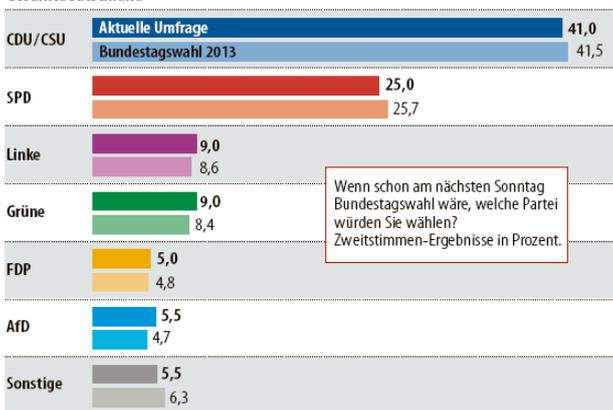
fikation die Quittung für eine aus der Sicht der Bürger misslungene Leistung in der vergangenen Legislaturperiode ist oder das Aus für den politisch institutionalisierten Liberalismus. Letztlich geht es um die Frage, ob das Thema Freiheit aus der Sicht einer ausreichenden Zahl von Bürgern noch einen Anwalt in Parteiformation braucht. Davon war die Mehrheit nie überzeugt, aber immer eine starke Minderheit. Zurzeit sehen 19 Prozent eine Existenzberechtigung der FDP, aber signifikant mehr, 27 Prozent, die Existenzberechtigung einer liberalen Partei (Schaubild 2). Diese 27 Prozent, die überzeugt sind, dass das Land eine

tei ähnlich, wenn auch nicht so kontroversiert.

Ein Vergleich mit dem inhaltlichen Profil der FDP zeigt, dass es sich zu stark auf die Förderung der Wirtschaft insgesamt und speziell des Mittelstands verengt hat, während der Schutz der Bürgerfreiheit, der Abbau von Staatsschulden, der Bürokratieabbau, Datenschutz oder Bildungsthemen weitaus weniger mit der FDP in Verbindung gebracht wurden. So haben nur 19 Prozent den Eindruck, dass sich die FDP besonders für den Datenschutz einsetzt; ebenso viele verbinden sie mit einem Engagement für Bildung

Die Stärke der Parteien

Gesamtdeutschland

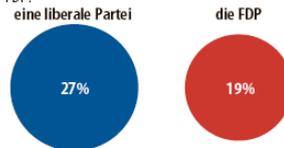


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 1. bis 16. Oktober 2013; gerundete Angaben F.A.Z. - Grafik Niebel

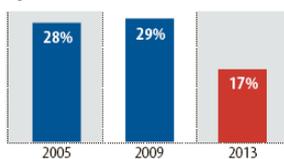
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent.

Die Zukunft einer liberalen Partei in Deutschland

Liberalismus ohne FDP Braucht Deutschland eine liberale Partei oder die FDP?



Rückhalt für die FDP schwindet Ist es wichtig, dass die FDP wieder in den Bundestag kommt? (Ja-Antworten)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Zustimmung zu liberalen Grundwerten

Welche der hier angeführten politischen Forderungen unterstützen Sie? (1)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach / F.A.Z. - Grafik Niebel

liberale Partei braucht, haben eine sehr klare Vorstellung von deren Programm.

Mehr als 70 Prozent halten es für unabdingbar, dass sich eine liberale Partei konsequent für die Freiheit der Bürger einsetzt, marktwirtschaftliche Prinzipien verteidigt, den Bürgern durch die Eindämmung von Steuern und Abgaben mehr Spielräume verschafft und ein gutes Umfeld für den selbstständigen Mittelstand sicherstellt. Mehr als 60 Prozent halten darüber hinaus den Abbau von Bürokratie, weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, konsequenten Datenschutz, die Sicherung von Preisstabilität und den Abbau von Staatsschulden für Kernbestandteile eines liberalen Programms. Auch die Bürger insgesamt skizzieren das Programm einer liberalen Par-

te und Forschung. 20 Prozent erleben sie als Anwalt eines Abbaus von bürokratischen Verfahren, 24 Prozent als Vorkämpfer für einen Abbau von Staatsschulden. Das Kernthema Bürgerfreiheit wird noch von einem Drittel der Bürger mit der FDP in Verbindung gebracht.

Viele Ziele, die mit einer liberalen Partei verbunden werden, finden breite Unterstützung. So halten es 60 Prozent für wichtig, die Freiheit der Bürger zu schützen. Die Mehrheit misst auch dem Abbau bürokratischer Verfahren, der Förderung des Mittelstandes und der Senkung von Steuern und Abgaben große Bedeutung bei; dass Letzteres allerdings ein riskanter Programmpunkt sein kann, wenn er ein Wahlprogramm zu einseitig dominiert und die Einlösung des Versprechens nicht gelingt,

hat die FDP in der vergangenen Legislaturperiode leidvoll erfahren.

41 Prozent halten es für wichtig, marktwirtschaftliche Prinzipien hochzuhalten; wenn es speziell um mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen geht, sinkt die Unterstützung allerdings auf 30 Prozent. Möglichst wenige Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sind 27 Prozent wichtig, mehr Eigenverantwortung in der Beziehung Bürger/Sozialstaat 20 Prozent (Schaubild 3). Man könnte diese Agenda durchaus als Warnung verstehen, eine liberale Partei konsequent an liberalen Prinzipien auszurichten. Eine liberale Partei kämpft jedoch in der Regel nicht um Mehrheiten, sondern um die Unterstützung einer überzeugten Minderheit.

Wenn einem repräsentativen Querschnitt ein Programm vorgestellt wird, das mehr Eigenverantwortung fordert sowie den Abbau von Subventionen, mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und speziell in den Arbeitsmarkt, die Ausrichtung von europäischer und nationaler Ebene auf das Subsidiaritätsprinzip, die Ablehnung einer Frauenquote sowie die Erhaltung eines mehrgliedrigen Schulsystems, reagieren 24 Prozent der Bürger positiv; für 21 Prozent kommt eine Partei mit einem solchen Programm bei Wahlen in Betracht. Dabei gibt es allerdings gravierende Unterschiede zwischen Ost und West: 27 Prozent der westdeutschen, aber nur 14 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung halten ein solches Programm für überzeugend. Nach wie vor gibt es in Ost und West unterschiedliche Reaktionen, wenn die Rolle des Staates in der Wirtschaft und das Verhältnis Bürger/Staat zur Debatte stehen. So befürworten 46 Prozent der westdeutschen, aber 61 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, dass der Staat so weit wie nur möglich die soziale Absicherung der Bürger übernimmt.

Die Sorge, durch den Staat zu sehr eingeschränkt zu werden, ist jedoch in West wie Ost nur schwach ausgeprägt. Der Anteil derer, die den Eindruck haben, dass sich der Staat zu sehr in die Belange der Bürger einmischt, beträgt gerade einmal 15 Prozent. Dies relativiert die breite Unterstützung für den Schutz der Bürgerfreiheit; sie gilt als wichtig, aber letztlich

Die FDP verengte sich auf die Förderung der Wirtschaft und vernachlässigte das Thema Bürgerfreiheit.

nicht ernsthaft gefährdet. Viele Eingrenzungen von individuellen Freiheitsspielräumen werden nicht als solche empfunden. So ist die große Mehrheit überzeugt, über ihre Absicherung für den Krankheitsfall und das Alter frei entscheiden zu können – trotz der umfassenden staatlichen Vorgaben und Regulierungen auf diesem Feld. Generell werden staatliche Regulierungen, die nach Auffassung der Mehrheit einem guten Zweck dienen, kaum beanstandet.

Das gilt auch für staatliche Eingriffe und Vorgaben für die Wirtschaft. So befürwortet die Mehrheit beispielsweise staatliche Preisstopps bei Energie, eine Mietpreisbremse, staatlich festgelegte Grenzen für Managergehälter oder Werbeverbote in bestimmten Feldern. Die meisten haben auch nicht den Eindruck, dass die Wirtschaft nennenswert durch staatliche Auflagen und Regulierungen eingeschränkt wird.

Insbesondere Regulierungen, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, nehmen die meisten kaum zur Kenntnis. In den gesellschaftlichen Diskussionen spielt Freiheit seit langem kaum eine Rolle, obwohl viele politische Entscheidungen auch Entscheidungen über Freiheitsspielräume und das Verhältnis von Bürger und Staat oder Wirtschaft und Staat sind. Die Freiheit ist auch in einer freien Gesellschaft kein überholtes Thema. Ob die FDP wieder an Bedeutung zurückgewinnt, hängt auch davon ab, ob sie dies wieder verstärkt bewusst machen kann und als glaubwürdiger, engagierter und verantwortungsbewusster Anwalt der Freiheit wahrgenommen wird.